

Perspektiven für Nordafrika: Werden Islamisten die Zukunft bestimmen? Zum Untersuchungsgegenstand

Sigrid Faath

2011: Das Jahr der neuen Perspektiven

Ein König auf Lebenszeit, das gilt als normal. Republiken mit einem Staatsoberhaupt, das sich nach und nach das Amt praktisch auf Lebenszeit sichert – das ist in Nordafrika und dem Nahen Osten eher die Regel als die Ausnahme. Langlebigkeit im höchsten Staatsamt war ein hervorstechendes Kennzeichen der nordafrikanischen und nahöstlichen Republiken; nur Tod, Krankheit und Amtsunfähigkeit oder im einen oder anderen Fall ein Putsch brachte jeweils Veränderung. Wahlen waren in den seltensten Fällen ausschlaggebend für einen Wechsel an der Staatsspitze¹. Als ähnlich „stabil“ erwies sich der autoritäre Führungsstil der Staatsoberhäupter in Nordafrika und dem Nahen Osten, wobei dies für die Monarchien wie die Republiken zutraf.

Insbesondere seit den fortschreitenden demokratischen Transformationsprozessen der ehemaligen Ostblockstaaten in den 1990er Jahren galten deshalb die nordafrikanischen und nahöstlichen, islamisch geprägten Staaten als demokratieresistent. Das Freiheits- und Demokratiedefizit wurde von liberalen und reformorientierten Bevölkerungsteilen beklagt – wie beispielhaft der dritte Band der Arab Human Development Reports² aufzeigt. In- und ausländische Analysten der Entwicklungen in Nordafrika und Nahost erwarteten keine substantiellen Modifikationen der Herrschaftspraxis oder gar Eingriffe in die Systemstruktur.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte ließen kaum hoffen, dass die regierenden Eliten über einzelne Liberalisierungsschritte oder Reformen in Teilbereichen hinaus signifikante Eingriffe vornehmen würden, die zu einem Abbau autoritärer Beziehungsstrukturen beitragen könnten.³

Das Jahr 2011 begann dann jedoch mit einer Überraschung. Massenproteste bewirkten eine Veränderung der Rahmenbedingungen. Es kam zu Machtwechseln in Tunesien, Ägypten und Libyen; im Jemen, wo es seit Ende Januar 2011 zu Protesten gegen Präsident Salih kam, musste dieser schließlich auf die angestrebte Präsidentschaft auf Lebenszeit verzichten und im November 2011 sein Amt abgeben. In Syrien kam es ab März 2011 zu Protesten, die sich zu einem bürgerkriegsähnlichen Konflikt entwickelten, dessen Ende auch nach ein- einhalb Jahren nicht absehbar ist. Weder Zeitpunkt noch Ausmaß dieser Veränderungen war vorhergesehen worden. Die Auswirkungen der Protestbewegungen sind zu Beginn des zweiten Halbjahres 2012 noch in allen Staaten Nordafrikas, des Nahen Ostens und – was die Sicherheitslage und die Aktivitäten bewaffneter islamistischer Gruppen anbelangt – in den Sahelstaaten zu spüren.

Zu den Ereignissen und ihren Folgen in Nordafrika

Soziale Proteste in einer Region im Landesinnern Tunesiens, ausgelöst durch die spektakuläre Selbstverbrennung eines jungen Arbeitslosen, dessen Verzweiflungsakt mit dem Mobiltelefon aufgenommen worden war und schließlich über den katarischen Satellitenfernsehkana- Al-Jazira und über Youtube verbreitet wurde, entwickelten sich schnell zu landesweiten Protesten. Junge Arbeitslose, darunter zahlreiche arbeitslose Hochschulabgänger, Studenten, gewerkschaftlich Organisierte sowie Mitglieder von Menschenrechts- und Frauenorganisationen schlossen sich den Protesten an, die über Mobiltelefone koordiniert wurden.

Was als sozialer Protest, als Auflehnung gegen die wirtschaftliche Lage und vor allem die Arbeitslosigkeit am 17. Dezember 2010 begonnen hatte, mündete nach der Jahreswende in eine politische Massenbewegung gegen Staatspräsident Ben Ali, aber auch gegen die Korruption großen Stils der Familie und Verwandten des Staatspräsidenten, die polizeiliche Willkür und die mangelnden Freiheiten.⁴ Der Rücktritt des Präsidenten wurde zur zentralen Forderung der Protestbewegung. Die Flucht von Ben Ali und seiner Familie außer Landes am 14. Januar 2011 ist allerdings der Militärführung geschuldet, die sich vom Präsidenten abwandte und mit den Protestierenden solidarierte.

Der erfolgreiche tunesische Machtwechsel stimulierte in den anderen nordafrikanischen und nahöstlichen Ländern mit ähnlichen sozioökonomischen und entwicklungspolitischen Problemen sowie vergleichbaren Freiheitsdefiziten zur Nachahmung.

Die tägliche, sehr emotional gestaltete Fernsehberichterstattung in Al-Jazira und die Verbreitung von Bildern, Videoaufnahmen und Augenzeugenberichten über die sozialen Netzwerke des Internets unterstützten diesen länderübergreifenden Effekt der tunesischen Ereignisse. Die direkten Folgen der Proteste, die nach dem 14. Januar 2011 von Marokko bis Jemen, Jordanien und Syrien ausbrachen, waren allerdings sehr unterschiedlich, wie ein Blick auf die nordafrikanischen Protestverläufe beispielhaft zeigt.

Tunesien

In Tunesien kam es nach dem Machtwechsel zu Säuberungen der Institutionen des Staates von hohen Funktionsträgern des „alten Regimes“ und zum Verbot der ehemaligen staatstragenden Partei Konstitutionelle Demokratische Sammlung (Rassemblement Constitutionnel Démocratique – RCD), der „Partei des Präsidenten“. Die Öffnung des politischen Systems war verbunden mit der Zulassung von bislang verbotenen Parteien und Vereinigungen islamistischer Orientierung.⁵

Die Erneuerung der staatlichen Institutionen schritt in Tunesien relativ zügig voran. Am 23. Oktober 2011 fanden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt, aus denen die islamistische Partei Ennahda als Sieger hervorging. Sie gewann zwar nicht die absolute Mehrheit, so dass sie eine Koalitionsregierung mit zwei kleinen liberalen Parteien eingehen musste, aber sie dominiert die Regierung und prägt die politische Agenda. Von dem allgemeinen Aufschwung der Islamisten nach dem Machtwechsel profitierten auch radikalere Positionen vertretende islamistisch-salafistische⁶ Organisationen; eine erste salafistische Partei wurde schließlich im März 2012 zugelassen.

Ägypten

Die am 25. Januar 2011 in Kairo beginnenden Proteste führten am 11. Februar 2012 zum Rücktritt Präsident Mubaraks. Auch in Ägypten war letztendlich die Haltung des Militärs bei der Durchsetzung des

Wechsels an der Staatsspitze entscheidend, das sich auf die Seite der Protestierenden, „des Volkes“, stellte. Das ägyptische Militär trat seither jedoch nicht in den Hintergrund wie dies in Tunesien der Fall war. Der ägyptische Hohe Militärrat übernahm vielmehr die Macht und bestimmte die Agenda der Post-Mubarak-Ära.

Die Zulassung von islamistischen Parteien war auch in Ägypten Teil der Öffnungspolitik. Aus den im Dezember 2011 und Januar 2012 durchgeführten Legislativwahlen ging die Partei der Muslimbruderschaft, die Freedom and Justice Party, als Sieger hervor. Die salafistische Partei des Lichts erzielte das zweitbeste Ergebnis, so dass Islamisten das neue ägyptische Parlament dominierten. Bei den im Mai 2012 folgenden Präsidentschaftswahlen schnitt wiederum der Kandidat der Muslimbruderschaft, Muhammad Mursi, am besten ab, allerdings nur knapp vor dem „unabhängigen“ Kandidat Ahmad Shafiq, einem Repräsentanten des alten Regimes, so dass es am 16./17. Juni 2012 zu einer Stichwahl kam; das Endergebnis wurde nach der Prüfung von Beschwerden am 24. Juni bekannt gegeben. Wahlsieger und neuer Präsident ist Muhammad Mursi. Zwischenzeitlich war auf Beschluss des Verfassungsgerichts die Legislativwahl wegen Regelverstößen für ungültig erklärt und als Folge davon das Parlament aufgelöst worden. Die Gesetzgebung fiel dadurch zurück in die Hand des Militärrates. Die Institutionenbildung und die vom Hohen Militärrat im Februar 2011 zugesagte Übergabe der Macht an eine zivile Regierung innerhalb von sechs Monaten schienen damit erneut auf unbestimmte Zeit vertagt. Zu einer überraschenden Wende kam es am 12. August 2012; in Absprache mit der Militärführung nimmt Präsident Mursi seither seine exekutiven Befugnisse wahr.

Libyen

In Libyen, wo am 17. Februar 2011 in Banghazi Proteste ausbrachen, mündete die harte Repression der Sicherheitskräfte in einen Bürgerkrieg. Zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Bombardierungen der libyschen Streitkräfte genehmigte der UN-Sicherheitsratsrat in der UN-Resolution 1973 vom 17. März 2011 den Lufteinsatz der NATO, die im Einvernehmen mit der Arabischen Liga einen Schutzkorridor schuf. Die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der sukzessive anwachsenden Opposition und den Streitkräften, die weiterhin loyal zu Mu'ammar al-Qaddafi standen, wurde im August 2011 durch die Luftunterstützung der NATO zugunsten der Opposition entschieden.

Die neue libysche Führung versucht seither einen Regimewechsel zu vollziehen: Parteien wurden erstmals seit Anfang der 1970er Jahre wieder zugelassen, die Gründung von Vereinigungen erleichtert, der religiöse Sektor gestärkt und ein Fahrplan für die institutionelle Neubildung eingeleitet. Die ersten pluralen Wahlen zum Nationalkongress, der die Mitglieder für eine Kommission zur Erarbeitung einer Verfassung bestimmen soll, fanden am 7. Juli 2012 statt. Befriedet ist Libyen allerdings bei weitem noch nicht. Bewaffnete Gruppen, darunter u.a. salafistisch-jihadistische,⁷ sind auch nach dem Sturz des Qaddafi-Regimes aktiv und setzen auf Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Ziele (wie z. B. die Errichtung eines Kalifats).

Marokko und Algerien

In Marokko und Algerien reagierten die Staatsführungen mit der Erhöhung sozialer Leistungen und Subventionen für Grundnahrungsmittel, die in Marokko dank saudischer Budgethilfe, in Algerien dank der seit Jahren hohen Erdöleinnahmen erfolgen konnte. Zusätzliche Mittel wurden in beiden Staaten für den sozialen Wohnungsbau und für Maßnahmen zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt. Darüber hinaus gingen die Staatsführungen Marokkos und Algeriens auf politische Anliegen der Protestbewegungen ein, die sich auf mehr Freiheit und Demokratie bezogen, obwohl die Proteste weder in Marokko noch in Algerien eine Bedrohung für das Regime darstellten.

Der marokkanische König kündigte am 9. März 2011 eine Verfassungsreform an, die in einem Referendum am 1. Juli 2011 angenommen wurde. Die Reform sieht substantielle Veränderungen vor, die noch 2011 eingeleitet wurden. Allerdings schloss der König die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie nach europäischen Vorbildern aus.

In Algerien fielen die von Präsident Bouteflika am 15. April 2011 in einer Rede an die Nation angekündigten politischen Reformen zwar begrenzter aus als in Marokko; es wurde allerdings die Gründung von Parteien und Vereinigungen erleichtert und das Wahlgesetz geändert, um gezielt den Anteil von Frauen in den lokalen, regionalen und nationalen Institutionen zu erhöhen, was auch gelang, wie die Legislativwahlen vom Mai 2012 belegen, wo von 462 Abgeordneten 145 Sitze an Frauen fielen (31,3 Prozent Frauenanteil; 2007: 7,9 Prozent).

Kann von einem „Arabischen Frühling“ gesprochen werden?

Neben den sozialen Anliegen: Schaffung von Arbeitsplätzen, Entwicklung, gerechte Teilhabe an den nationalen Ressourcen, Ende der Korruption großen Stils, kreisten die politischen Forderungen um mehr Freiheit und Demokratie.

Weil Freiheit und Demokratie zu den politischen Forderungen der Protestierenden zählten und sich der Unmut gegen die bisher autoritär regierenden Staatsführungen richtete, gingen viele Beobachter davon aus, dass jetzt gute Chancen für die Verwirklichung demokratischer politischer Ordnungen in den Umbruchstaaten bestünden. Die internationalen Medien prägten deshalb den Begriff „Arabischer Frühling“, um diese Aufbruchsstimmung zu umschreiben. Seit der Ausweitung der Proteste in Nordafrika und dem Nahen Osten hat der Begriff Konjunktur. Inzwischen wurde er so oft verwendet, dass er fast weltweit automatisch mit den Protesten des Jahres 2011 in Nordafrika und dem Nahen Osten in Verbindung gebracht wird. Wegen seiner Verbreitung und den mit ihm verbundenen Assoziationen wird er auch in der vorliegenden Studie als Kürzel für die Umbrüche in Tunesien, Ägypten und Libyen 2011 und ihre direkten Auswirkungen auf die gesamte Region Nordafrika und den Nahen Osten verwendet werden.

Allerdings ist die Bezeichnung „Arabischer Frühling“ problematisch, weil sie die gesellschaftliche Realität der meisten nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten ausklammert und einseitig auf die arabische Komponente der sowohl sprachlich, ethnisch und kulturell pluralen Gesellschaften hinweist. Der Begriff wird deswegen – wenn auf ihn zurückgegriffen wird – in Anführungszeichen gesetzt.

In den ersten Monaten nach den erfolgreichen Machtwechseln in Tunesien und Ägypten herrschte in den Ländern selbst und bei vielen ausländischen Beobachtern angesichts der neuen Chancen für Demokratie und Freiheit Euphorie vor. Zahlreiche ausländische Einrichtungen wurden aktiv und boten Unterstützung bei der demokratischen Transformation an. Eineinhalb Jahre nach Beginn des „Arabischen Frühlings“ ist die Euphorie zwar nicht verflogen, aber sichtlich gedämpft, weil die Umfeldbedingungen in den Transformationsstaaten Ägypten, Libyen und Tunesien demokratische Umgestaltungsprozesse erschweren. Zu diesen erschwerenden Bedingungen zählen vor allem

- die anhaltenden Sicherheitsprobleme und die Sicherheitsdefizite sowie die Tatsache, dass in Tunesien die Regierung das staatliche Gewaltmonopol gegenüber salafistischen Gruppen nicht durchsetzen will oder nicht durchsetzen kann. In Libyen müssen staatliche Sicherheitsstrukturen erst wieder aufgebaut werden; die Regierung steht derzeit vor der Herausforderung, die bislang weitgehend autonom agierenden revolutionären Milizen in diese staatlichen Strukturen zu integrieren.
- die Schwierigkeiten, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, wodurch sich die soziale Lage der Bevölkerung weiter verschlechterte. Die wachsende Unzufriedenheit belastet nicht nur das Ansehen der neuen Institutionen, es erhöht auch die Bereitschaft, die Proteste fortzusetzen – mit negativen Folgen wiederum für die Wirtschaft. Es erweist sich für die Regierungen als sehr schwierig, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.
- die neuen politischen Akteure des islamistischen Spektrums, die sich im Zuge der politischen Öffnung nach den Machtwechseln formierten und zu denen auch solche Organisationen zählen, die offen ein demokratisches System ablehnen und Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele propagieren und einsetzen.

Die Profiteure der politischen Umbrüche

Bereits wenige Wochen nach den Machtwechseln in Tunesien und Ägypten zeichnete sich ab, dass islamistische Organisationen von den Veränderungen profitieren würden. Bald war deshalb auch vom „Islamischen Frühling“ die Rede, der nun angebrochen sei.

Es ist offenkundig, dass seit den Machtwechseln in Tunesien, Ägypten und Libyen islamistische Organisationen an politischem und gesellschaftlichem Einfluss gewonnen haben und das öffentliche Leben und die öffentliche Diskussion maßgeblich mitbestimmen. Die Aufhebung der Restriktionen zur Gründung von Parteien und Vereinigungen mündete in eine Flut von Anträgen zur Legalisierung. In Tunesien wurden 2011 beispielsweise über 100 Parteien zugelassen, die ein breites ideologisches Spektrum abdecken. Islamistisch-orientierte Organisationen erwiesen sich in allen Ländern als effizienter und effektiver bei der Mobilisierung von Anhängerschaft als liberal und säkular orientierte Organisationen.

Für die unterschiedlichen islamistischen Gruppen war die politische Öffnung nach dem Führungswechsel die Chance, als legale Organisationen in den neuen Institutionen Fuß zu fassen, den politischen und gesellschaftlichen Handlungsspielraum auszuweiten und Einfluss auf die ordnungspolitische Gestaltung der Zukunft zu nehmen. Weil der religiöse Bereich zudem staatlich kontrolliert war und seine Repräsentanten verpflichtet waren, die staatlich-tolerierte Religionsinterpretation zu verbreiten, greifen seit den politischen Umbrüchen neben den Islamisten auch verstärkt islamisch-konservative, den Islamisten nahestehende Persönlichkeiten in die politischen und gesellschaftlichen Debatten ein.

Die neuen Freiräume werden vielfach genutzt, um die Religion geschickt für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Der Zweck kann konkret auf einen politischen Prozess abzielen (wie Wahlen, Referenden); er kann die Islamisierung einer Institution (gemäß der eigenen Religionsauslegung) und einer gesellschaftlichen Gruppe anstreben oder er kann allgemein auf die Islamisierung der Gesellschaft gerichtet sein. In allen Fällen wird versucht, religiöse Gefühle anzusprechen, einen Sachverhalt als von Gott erlaubt bzw. gottgefällig oder gegen die Gebote Gottes verstoßend zu präsentieren. Damit wird gleichzeitig jede Diskussion abgewürgt.

Sittlich-moralische, wertebezogene Diskurse und der religiöse Bezugsrahmen nehmen seit dem Jahr 2011 auf politischer und gesellschaftlicher Ebene einen hohen, ja dominanten Stellenwert ein. Diese Tendenz verstärkte sich jeweils nach Wahlen, aus denen die islamistischen Parteien als stärkste politische Kraft hervorgingen.

Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Tunesien am 23. Oktober 2011 gewann die islamistische Partei Ennahda 1,5 Millionen Wählerstimmen und damit 43 Prozent der Sitze. Ennahda bildete eine Koalitionsregierung mit zwei aus der liberal-säkularen Strömung hervorgegangenen Parteien, die allerdings kein Gewicht in der Regierung haben. In Marokko gewann die islamistische Partei Gerechtigkeit und Entwicklung 27,08 Prozent der Parlamentssitze und wurde als stärkste Fraktion gemäß neuer Verfassungsbestimmung mit der Regierungsbildung beauftragt. In Ägypten ging die Freedom and Justice Party der Muslimbruderschaft aus den Parlamentswahlen vom Dezember/Januar 2011/2012 als stärkste Partei (47,2 Prozent der Sitze) hervor, gefolgt von der islamistisch-salafisti-

schen Nur-Partei (25 Prozent der Sitze). Ihre politischen Ambitionen wurden im Juni 2012 durch die Auflösung des Parlaments vorübergehend beschnitten; der gesellschaftliche Einfluss der Islamisten ist jedoch eine Tatsache, so dass auch die nächsten Parlamentswahlen, wenn sie frei und fair ablaufen, für islamistische Parteien in Ägypten mit großer Wahrscheinlichkeit nicht enttäuschend verlaufen werden.

Der „Islamisierungsschub“ seit 2011 ließ auch die islamistischen Parteien in Algerien auf ein sehr gutes Wahlergebnis bei der Legislativwahl vom Mai 2012 hoffen. Sie wurden jedoch alle enttäuscht. Selbst die Grüne Allianz, ein Wahlzusammenschluss aus drei islamistischen Parteien, die das beste islamistische Wahlergebnis erzielte und immerhin 50 Sitze (11 Prozent der Sitze) von den 462 Sitzen der Nationalen Volksversammlung gewann, hatte mit viel mehr Sitzen gerechnet. Insgesamt 61 Sitze fielen an islamistische Parteien, die damit nur knapp über 13 Prozent der Abgeordneten stellen. Ein Grund für dieses Wahlergebnis liegt in den Erfahrungen der algerischen Bevölkerung mit islamistischer Gewalt während des Bürgerkriegs der 1990er Jahre.

Welches Wählerpotential die ehemaligen Mitglieder der algerischen Islamischen Heilsfront binden könnten, wenn eine Revitalisierung der Organisation und die politische Betätigung ihrer ehemaligen Führungskader erlaubt wäre, oder wie viele Anhänger die islamistisch-salafistische Tendenz in Algerien mobilisieren kann, ist unbekannt. Wenn es auch 2011/2012 in Algerien nicht zu einem offenkundigen Aufschwung islamistischer Organisationen kam, so gilt doch auch für Algerien: Die verschiedenen islamistischen Tendenzen sind präsent und keine zu vernachlässigende Größe. Die gewaltbereiten Organisationen – wie Al-Qaida im Islamischen Maghreb – haben zudem seit den Umbrüchen in Tunesien und Libyen verstärkt Zulauf und mehr Zugang zu Waffen als je zuvor.

Mit Ausnahme Algeriens kann von einem Aufschwung für legale islamistische Gruppen, Parteien und Vereinigungen gesprochen werden. Sie sind die Profiteure der Umbrüche, obwohl sie weder in Tunesien noch in Ägypten oder in Marokko zu den Initiatoren gehörten. Islamisten spielten auch keine entscheidende Rolle in der ersten Phase der Proteste; zu Beginn der Proteste wurden auch keine Forderungen mit Bezug zur Religion formuliert.

Islamisten als große Unbekannte

Der seit 2011 zu beobachtende islamistische Aufschwung rief in den betroffenen Ländern und im Ausland auf nicht islamistischer Seite ein breites Spektrum von Reaktionen hervor. Neben der Angst vor einer islamistischen Machtübernahme und einer islamistisch-geprägten Ordnung war in den ersten Monaten nach den Machtwechseln auch Zuversicht vorhanden. Ein paar Beispiele für „beruhigende“ Argumente:

- Die liberalen Bevölkerungsteile, so die Überzeugung einiger Beobachter, würden die islamistische Dominanz abwehren und die Einbindung von Islamisten in den politischen Prozess würde diese mäßigen.
- Der marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun meinte, die „ideologische Software“ der Islamisten sei überholt; sie könnten die Jugend nicht überzeugen.⁸
- Andere wiederum verweisen darauf, dass die Wahlgewinne islamistischer Parteien ihrer bisherigen Politikferne, ihrem Image als Opfer des alten, korrupten Regimes und einer fehlenden politischen Alternative zuzuschreiben sind. Sie ziehen daraus den Schluss, dass ihre Regierungstätigkeit sie entzaubern wird, weil sie künftig anhand ihrer Leistungsbilanz vor allem im sozialen Bereich gemessen werden.⁹
- Ähnlich argumentierte der ehemalige Doyen der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tunis, Sadok Belaïd:¹⁰ Das „islamistische Fieber“ werde nachlassen, u.a. weil die Islamisten, die an die Regierung gekommen sind, kein Konzept hätten und nicht über die Kompetenzen verfügen würden, um die Wahlerwartungen zu erfüllen. Sadok Belaïd ging aus diesem Grund von ihrer Abwahl aus.
- Hassan Mneimneh¹¹ rechnet auch mit einem Einflussverlust der Islamisten. Einen „Islamistischen Winter“, so Mneimneh, werde es nicht geben, weil sich die Divergenzen innerhalb der islamistischen Bewegung verschärfen und der Islamismus sich weiterentwickeln werde. Die liberale Denkströmung in den nordafrikanischen Staaten werde zur Veränderung des Islamismus beitragen; einige Islamisten werden liberale Programmpunkte aufgreifen und der radikale Flügel der Islamisten werde sich sozial-konservativen Positionen zuwenden.

Dies ist nur eine kleine Auswahl von kursierenden Ansichten über die Zukunft des Islamismus in Nordafrika. In der Regel basieren die Überlegungen und Schlussfolgerungen auf Annahmen, die entweder nicht durch Fakten gestützt werden oder den vielfach mehrdeutigen und sehr vagen Diskurs islamistischer Akteure ausblenden. Wenn jedoch das Verhalten und die Aktionen sowie das Mobilisierungspotential und die Anhängerschaft einzelner islamistischer Gruppen seit 2011 genauer untersucht werden, dann verlieren die zitierten Interpretationen der Ereignisse und Vorhersagen an Überzeugungskraft. Drei Anmerkungen hierzu:

- Selbst wenn zutrifft, dass die Mehrzahl der Jugendlichen von der „Software der Islamisten“ nicht überzeugt ist, wie Tahar Ben Jelloun meinte, so bilden diese Jugendlichen doch kein Bollwerk gegen die Ausweitung des islamistischen Einflusses, weil sie sich in der Regel apolitisch verhalten. Auf der Gegenseite stehen jedoch jene Jugendlichen und jungen Frauen und Männer, die sich den unterschiedlichen islamistischen Organisationen anschlossen, hochgradig engagiert sind und sich aktiv politisch und gesellschaftlich einbringen, um ihre Überzeugung zu verbreiten und ihre Ziele durchzusetzen.
- Wo sind die liberalen Kräfte mit so viel gesellschaftlichem Einfluss, dass sie eine tatsächliche Herausforderung für Islamisten darstellen und deren verschiedene Fraktionen zur Änderung ihrer Programmatik veranlassen, wie dies Hassan Mneimneh vorhersagt? Taktische Anpassungen des Diskurses und des Forderungskatalogs vor und unmittelbar nach Wahlen, weil keine absolute Mehrheit erreicht wurde, das Militär als eine starke potentielle Veto- bzw. Kontrollmacht vorhanden ist und ausländische Investoren und Touristen aus wirtschaftlicher Notwendigkeit nicht verschreckt werden sollen, gab es nachweislich. Daraus jedoch auf eine tatsächliche programmatische Neuausrichtung und Hinwendung zu liberalen Ideen bei moderat-fundamentalistischen Organisationen und zu sozial-konservativen Ideen bei radikalen Fundamentalisten zu schließen, ist zu kurz gegriffen. Aussagen zu den Entwicklungstendenzen egal welcher Organisation können weder losgelöst vom innenpolitischen und außenpolitischen Umfeld noch losgelöst von den organisationsinternen Diskussionen und Kräfteverhältnissen, von der Zusammensetzung der Unterstützerklientel oder den Kernzielen der Organisation stattfinden. Eineinhalb Jahre nach den politi-

schen Umbrüchen, die einen Aufschwung für islamistische Akteure mit sich brachten, kann keineswegs mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die islamistischen Parteien, die 2011/2012 über Wahlen an die Regierung kamen, bei den nächsten Wahlen wieder abgewählt werden, weil sie die Wahlversprechen nicht erfüllten. Denn weder ist die Wahlbeteiligung kalkulierbar noch sind gut organisierte und gesellschaftlich einflussreiche Parteien in Aussicht, die eine nichtislamistische Wahlalternative wären. Damit bei den kommenden Wahlen Islamisten abgewählt werden, bräuchte es jedoch auch ein attraktives und glaubwürdiges Alternativangebot.

- Woher wird die Gewissheit genommen, dass sich radikale Flügel der islamistischen Organisationen entradikalisieren? Erfahrungswerte liegen nicht vor; aber selbst wenn einige salafistische Organisationen den legalen politischen Weg einschlagen und in diesem Zusammenhang von Gewalt als politischem Mittel Abstand nehmen, heißt das nicht, dass sie dauerhaft eine gewaltfreie Strategie befürworten. Die Entscheidung zur Parteibildung und zur Nutzung der politischen Institutionen ist zudem nicht an eine Entradikalisierung der religiös-fundamentalistischen Positionen und der daraus abgeleiteten politischen und sozialen Agenda gebunden. Eine Aufgabe dieser Positionen in Bezug auf den Stellenwert der Scharia,¹² des religiösen Rechts und des angestrebten „islamischen Staates“ käme einer Selbstaufgabe gleich.

Bedarf an Wissen über die islamistischen Akteure

Beobachter der Region beklagen seit 2011 die Unübersichtlichkeit der Akteurslandschaft besonders in den Umbruchstaaten, wo sich nach der politischen Öffnung zahlreiche politische und gesellschaftliche Organisationen gründeten, zu denen Detailinformationen fehlen. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die islamistischen Gruppen und Organisationen, die – auch wegen der Erfahrungen mit staatlicher Repression in der Vergangenheit – nach außen wenig transparent sind.

Für politisch bzw. entwicklungspolitisch engagierte ausländische Einrichtungen ist ein präziseres Wissen über die einzelnen politischen und gesellschaftlichen Akteure in den nordafrikanischen Staaten jedoch Voraussetzung, um auf neue Situationen gegebenenfalls mit neuen Kooperationspartnern oder unter Hinzuziehung neuer Partner reagieren zu können. Die vorliegende Studie will diese Unübersicht-

lichkeit überwinden helfen und zur besseren Kenntnis der Zielsetzungen und Strategien, vor allem der neuen oder alten revitalisierten islamistischen Akteure in Nordafrika, beitragen.

Weil so viele widersprüchliche Meinungen zu den Auswirkungen und Folgen des islamistischen Einflusses in Nordafrika kursieren und die Unsicherheit gerade in Europa groß ist, was den Umgang mit islamistischen Akteuren anbelangt, entstand ein Jahr nach den Umbrüchen in Nordafrika die Idee, empirische Analysen zu diesen neuen Akteuren in Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien zu erstellen. Die auf Feldforschung und zahlreichen Interviews basierenden Länderanalysen sollten vor allem ihre Programmatik, Aktionsmodi und Mobilisierungskraft erfassen. Im Zentrum der Einzelanalysen standen dementsprechend Fragen nach

- den Zielen und Zukunftsvorstellungen der alten und neuen islamischen und speziell islamistischen Akteure¹³ unter den veränderten Rahmenbedingungen seit 2011;
- ihrem politischen und gesellschaftlichen Einfluss (Stand August 2012);
- den wahrscheinlichen Folgen des Aufschwungs islamistischer Akteure für die politischen Reformprozesse, das künftige politische System und die gesellschaftliche Ordnung sowie
- den möglichen Folgen für die Außenbeziehungen und die Zusammenarbeit insbesondere mit Deutschland bzw. deutschen Einrichtungen.

Um die Länderanalysen nicht mit Details zu den einzelnen Gruppen, Organisationen und Einrichtungen zu überfrachten, wurden Detailinformationen zu den bis Mitte des Jahres 2012 einflussreichsten Akteuren im Anhang beigelegt. Die Angaben zu den einzelnen Akteuren sind nach Ländern geordnet und folgen einem einheitlichen Raster. Dieser Anhang versteht sich als eine Art Handbuch zur schnellen Information.

Die Länderbeiträge des Analyseteils sind ähnlich aufgebaut und spiegeln den Stand der Entwicklungen seit Jahresbeginn 2011 bis Ende August 2012 wider. Grundlage der Analysen sind neben den Interviews und Gesprächen, die im Frühjahr 2012 auf den Forschungsreisen der Länderbearbeiter durchgeführt wurden, schriftliche Dokumente der Organisationen, Reden führender Mitglieder und die in den

Medien erfassten Aktivitäten, mit denen sie seit 2011 an die Öffentlichkeit traten. Besonderes Augenmerk galt den Aussagen zu Demokratie, rechtsstaatlichen Prinzipien, Pluralismus, Frauen- und Minderheitenrechten und Gewalt als Mittel der Politik. Der diesbezügliche Diskurs wurde mit der politischen und gesellschaftlichen Praxis der einzelnen Organisationen seit 2011 verglichen.

Diskurs und Praxis islamistischer Akteure in Beziehung zu setzen ist eine Aufgabe, die auch in Zukunft kontinuierlich geleistet werden muss, um nicht erneut – wie im Falle des „Arabischen Frühlings“ – von Ereignissen oder Entwicklungen überrascht zu werden. Denn „totalitäre oder autoritäre Regierungsformen weisen oft sehr unauffällige Anfänge und sehr feine Methoden sozialer Kontrolle auf“.¹⁴

- 1| Vgl. hierzu Faath, Sigrid (Hrsg.): *Konfliktpotential politischer Nachfolge in den arabischen Staaten*, Hamburg 2000.
- 2| Vgl. UNDP (Hrsg.): *Arab Human Development Report, Band 3: Towards freedom in the Arab world*, New York 2004.
- 3| Vgl. Faath, Sigrid (Hrsg.): *Demokratisierung durch externen Druck? Perspektiven politischen Wandels in Nordafrika/Nahost*, Hamburg 2005.
- 4| Die Ereignisse des Jahres 2011 sollen hier nur kurz in ihren ganz großen Linien in Erinnerung gerufen werden. In den Länderanalysen gehen die Autoren auf die wichtigsten Entwicklungen im Vorfeld und nach den Protesten 2011 ein, sofern sie zum Verständnis der heutigen Akteurskonstellation in den einzelnen Ländern notwendig sind.
- 5| Vgl. zur Begriffserläuterung das Glossar im Anhang.
- 6| Vgl. zum Begriff ebenda.
- 7| Vgl. zur Erläuterung des Begriffs das Glossar im Anhang.
- 8| Vgl. seine Eröffnungsrede zum internationalen Literaturfestival in Berlin Anfang September 2011; *Berliner Zeitung*, Berlin, 8.9.2011 (Was kann Literatur bewirken?).
- 9| Vgl. u.a. *Jeune Afrique*, Paris, Nr. 30, 2012, S. 26-27 (Jean-Pierre Filiu: *Les islamistes seront jugés sur leur bilan social*).
- 10| Belaïd, Sadok: *Une prophétie: La fin prochaine de la fièvre islamiste*, in: *Affaires Stratégiques*, Tunis, Nr. 5, 2012, S. 3-9.
- 11| Vgl. Mneimneh, Hassan: *The Arab spring: A victory for Islamism?*, Brussels Forum, Washington D.C.: German Marshall Fund, März 2012, S. 5, http://www.gmfus.org/wp-content/blogs.dir/1/files/mf/mneimneh_arab-spring_bf12.pdf (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 12| Vgl. zum Begriff das Glossar im Anhang.
- 13| Vgl. zur Unterscheidung das Glossar im Anhang.
- 14| So der ehemalige Präsident der Tschechoslowakei Václav Havel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 24.12.2011 (Vom Wert der Freiheit).